

Redebeitrag des Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Dr. Christean Wagner auf der Regionalkonferenz Mitte am 23. April 2007 in Bad Berka

Herr Ministerpräsident Althaus als Landesvorsitzender der CDU,

Herr Generalsekretär,

liebe Kollegin Lieberknecht,

meine Damen und Herren,

liebe Parteifreunde,

es ist wahr, Dieter Althaus und ich, wir sind uns im Frühjahr 1990 im Eichsfeld begegnet. Er berichtete mir, als ganz junger Schulrat, dass er gerade eine ganze Reihe von SED-Mitgliedern in ihrer Funktion als Schulleiter entlassen habe. Das war die erste, für mich ganz realistische Begegnung mit der damaligen Situation im Eichsfeld und in Thüringen und der damals noch bestehenden DDR. Daraus ist dann wirklich – das darf ich so sagen, lieber Dieter Althaus - eine dauerhafte freundschaftliche Verbindung entstanden. Und wenn wir beide im Frühjahr 1990 vor 17 Jahren gesagt bekommen hätten, dass wir im Jahr 2007 hier in Bad Berka zusammenkämen auf einer Regionalkonferenz der CDU Thüringen, Sie als Ministerpräsident bereits seit vier Jahren im Amt und als Landesvorsitzender der CDU und ich als CDU-Fraktionsvorsitzender im benachbarten Hessen, wir beide hätten es nicht geglaubt.

Das ist unter anderem einer der Gründe, warum ich besonders gerne zugesagt habe. Ich habe nicht nur als Ausdruck von Pflichterfüllung gerne Ja gesagt zu der Einladung heute Abend bei Ihnen, sondern - ich will es ganz freimütig sagen -, es schwingt ein hohes Maß an Emotionalität mit, die bleibend für mich sein wird, großartige Erinnerungen insbesondere an das Jahr 1990, wo wir uns vielfältig im Wahlkampf zur Volkskammer und später zur Kommunalwahl und Landtagswahl begegnet sind, und wir verlieren uns deshalb auch als gute Freunde nicht aus den Augen. Ich freue mich, dass auch die beiden Ministerpräsidenten Roland Koch und Dieter Althaus sehr eng miteinander im Bundesvorstand und in der Bundes-CDU zusammenarbeiten.

Meine Damen und Herren, ich muss spontan zunächst einmal einen Gedanken aufgreifen, den der Ministerpräsident hier angesprochen hat. Es ist die Frage der Grundsatzfestigkeit und der Klarheit in der Politik. Wir haben als verantwortliche Politiker nicht die Fahne in

den Wind zu hängen, um zu sehen in welche Richtung der Wind weht, sondern wir haben auf der Grundlage unserer eigenen Überzeugungen, auf der Grundlage unserer Fundamente, in der Öffentlichkeit dem Bürger zu sagen, was wir denken, und wir haben nach dem, was wir sagen, auch zu handeln. Und ich sage Ihnen, auch wenn es vorübergehend einmal unpopulär ist, zum Schluss zahlt es sich aus. Und ich füge hinzu, weil sie so freundlich, lieber Dieter Althaus, die CDU Hessen angesprochen haben: Die CDU Hessen ist seit Jahrzehnten ein geschlossener Kampfverband. Geschlossenheit auf der einen Seite und Grundsatzfestigkeit und Zivilcourage und Mut auf der anderen Seite sind unabdingbare Voraussetzungen für den politischen Erfolg. Und dieses leben Sie hier, lieber Dieter Althaus, und deshalb bin ich ganz sicher, dass Sie auch weiterhin Ihre erfolgreiche Politik in den nächsten Jahren in Thüringen zum Wohle Ihrer Bevölkerung, aber auch zum Wohle Deutschlands fortsetzen werden.

Beifall.

Meine Damen und Herren, ich bin heute hier gefragt worden: Warum muss denn dreizehn Jahre nach dem letzten Grundsatzprogramm schon wieder ein neues Grundsatzprogramm erstellt werden? Das letzte haben wir 1994 verabschiedet.

Will denn die CDU neue Grundsätze entwickeln? Will sie sich strategisch neu ordnen? Hat sie plötzlich andere Werte im Sinn als in den letzten Jahrzehnten? Meine Damen und Herren, hierzu gibt es eine ganz klare Antwort: Die Grundsätze, die uns seit sechzig Jahren zusammenhalten, werden nicht geändert, weil sie immer gültig sind. Die Grundsätze, wie Freiheit, wie Sicherheit, wie Solidarität, wie Gerechtigkeit, das kann man nicht alle Jahrzehnte ändern und sich sozusagen neu ausrichten. Der christliche Glaube und das christliche Menschenbild, das sind Fundamente, die vor sechzig Jahren genauso gegolten haben wie sie in den nächsten Jahrzehnten auch gelten werden. Und deshalb wird in diesen Grundsatzfragen das Grundsatzprogramm sich nicht ändern. Wir werden unseren Grundsätzen treu bleiben. Wir werden in diesen Grundsätzen auch weiter für die Bevölkerung sichtbar, erkennbar und verständlich bleiben.

Das ist es also nicht, was uns bewegt, ein neues Grundsatzprogramm zu entwickeln. Es ist einfach die Tatsache, dass auf der Grundlage dieser fundamentalen Überzeugungen es in den letzten dreißig Jahren eine ganze Menge weitere Entwicklung gegeben hat, neue Fragestellungen, auf die wir Antworten geben müssen. Ich will nur einige wenige ansprechen:

- Der demografische Wandel. Das war im Jahr 1994 noch nicht im Mittelpunkt des Bewusstseins der Öffentlichkeit wie heute. Wir müssen auf den veränderten Aufbau der Altersstruktur unserer Bevölkerung Antworten geben, schwierige Antworten.

- Ein zweites Thema: Die neuen Herausforderungen des internationalen Terrorismus.

Ich nenne als Stichwort den 11. September 2001. Die Frage der neuen Definition von Innerer Sicherheit, der Verknüpfung von Innerer und Äußerer Sicherheit. Auch das muss im Jahre 2007 anders gesehen und anders von der Politik beantwortet werden als damals im Jahr 1994.

- Oder ein dritter Begriff, bereits angesprochen: Die Globalisierung unserer Marktwirtschaft. Es hat überhaupt keinen Sinn sie zu beklagen, wir müssen sie gestalten, wir müssen Antworten darauf geben. Wir können uns nicht abschotten von der übrigen Welt. Wir als Deutsche, als große Exportnation ohnehin nicht. Und diese Globalisierung verlangt heute auch nach neuen Antworten.

- Und ich füge hinzu liebe Freunde, wir haben seit 1994 auch sehr grundlegende Beschlüsse in der Bundespartei gehabt: Ich nenne zur Sicherung der Sozialsysteme die Empfehlungen der so genannte Herzog-Kommission sowie die familienpolitischen Leitsätze aus dem Jahre 1999.

Aus diesen Gründen, auf dem bleibenden Fundament sind wir gehalten, unser Grundsatzprogramm fortzuschreiben. Ich bin auch sehr froh, dass wir in dieser Zeit unser Grundsatzprogramm fortschreiben. Warum? Es passt in die politische Landschaft. Es gibt an unserer Parteibasis im Zusammenhang mit der Großen Koalition Irritationen. Damit ich mich keinen Missverständnissen aussetze: Angesichts dieses Wahlergebnisses gab es keine Alternative zu dieser Großen Koalition. Und ich finde, dass Angela Merkel das hervorragend macht, und ich will mich hier bundespolitisch gar nicht weiter äußern, aber trotz der Notwendigkeit der Großen Koalition in dieser Zusammensetzung des Bundestages gibt es viele treue Parteifreunde, die seit Jahrzehnten gegen die Sozialisten und gegen die SPD gekämpft haben, und nun plötzlich sind wir mit denjenigen, die wir bekämpft haben, in einer Koalition. Und liebe Freunde, gerade in einer solchen Zeit ist es notwendig, dass wir uns unserer selbst wieder vergewissern, dass wir der Öffentlichkeit, den Bürgern wieder sagen, was wäre, wenn wir in Berlin allein regieren könnten. Es ist wichtig und notwendig, deutlich zu machen, dass der Koalitionsvertrag in Berlin nicht etwa eine Fortschreibung des CDU Grundsatzprogramms sei und nicht mit diesem Grundsatzprogramm verwechselt werden darf. Deshalb dient die Programmdiskussion der eigenen Identität, dem eigenen Profil, der eigenen Erkennbarkeit. Gerade in Zeiten der

Großen Koalition wollen wir also über unsere Grundsätze nachdenken und sie auch mit gewollter öffentlicher Beteiligung neu formulieren.

Deshalb bin ich mit großer Motivation in diese Grundsatzkommission gegangen, in die ich berufen worden bin. Dieter Althaus hat zusammen mit zwei weiteren Persönlichkeiten unserer Bundespartei einen großen Teil dieses Grundsatzprogramms verantwortet. Ich habe dort eine Unterarbeitsgruppe geleitet, die sich mit dem Thema Staat, Innere Sicherheit und Recht beschäftigt hat.

Zwei Sätze noch zum Prozedere. Ich sagte bereits, eine solche Diskussion findet nicht hinter verschlossenen Türen statt, und das soll sie auch nicht. Wir wollen, dass die Bevölkerung, nicht nur die Parteifreunde, teil hat an unserem Nachdenken, an unserem Ringen um die richtige, um die beste Lösung. Deshalb sind die Entwürfe zum Grundsatzprogramm veröffentlicht worden, mit der Aufforderung an alle Bürger, sich zu beteiligen, mit Kritik, mit Verbesserungsvorschlägen und der gleichen mehr. Und deshalb ist parallel zu unseren Beratungen in der Grundsatzkommission eine lebhaftere Diskussion in den Landesverbänden und in den Kreisverbänden der CDU im Gange. Es gibt Programmbeauftragte in jedem Kreisverband. In jedem Kreisverband soll diskutiert werden, damit das nicht sozusagen von oben alles verordnet wird, sondern von der Basis der entsprechende Impuls aufkommt. Wir werden dann Ende des Jahres - Anfang Dezember - auf einem Bundesparteitag dieses Grundsatzprogramm verabschieden. Wichtig war und ist uns, dass dieses Grundsatzprogramm keinen Warenhauskatalog darstellt. Wir haben uns den ehrgeizigen Anspruch gestellt, dass das Programm nicht umfangreicher als achtzig, neunzig Seiten sein darf. Ich hoffe, dass wir das schaffen. Das hängt nicht nur vom Bundesvorstand der CDU, sondern auch vom Bundesparteitag selbst ab.

In diesem Zusammenhang, lieber Generalsekretär Mike Mohring, will ich Ihnen ein ausdrückliches Kompliment machen. Das, was Sie hier als Grundsatzprogramm der CDU in Thüringen entworfen haben auf 27 Seiten – ich habe es auf dem Weg hierher gelesen - profiliert und eingängig formuliert, mit einem dokumentarischen Anhang zu lebhaften Diskussionen in Ihrer Partei, ist ganz hervorragend. Das ist einmalig. Christine Lieberknecht fragte mich eben: Sagt mal, habt Ihr das in Hessen denn auch? Ich war ganz erschrocken und muss bekennen, nein, wir haben es nicht. Wir haben lediglich alle vier Jahre ein Wahlprogramm zu Landtagswahlen zusammengestellt. Ich finde es ganz

ausgezeichnet, dass Sie deutlich machen, was die Union heute hier in Thüringen verbindet. Respekt, Anerkennung! Glückwunsch, das ist vorbildlich für ganz Deutschland.

Beifall.

Meine Damen und Herren, zu der Frage: Staat, Innere Sicherheit, habe ich zunächst einmal den Anspruch gestellt, dass wir nicht, unverbindliche, freundliche Formulierungen finden, die niemandem weh tun, sondern dass wir in unserem Programm deutlich machen, was das typische, spezifisch christdemokratische ist. Wir haben deshalb gesagt, wir wollen uns klar und deutlich abgrenzen in unserem Programm von der SPD auf der einen Seite und von der FDP auf der anderen Seite. Das heißt, keine sozialdemokratische Allzuständigkeit des Staates, und auf der anderen Seite keine liberalistische Überbetonung ungezügelter Freiheit. Denn, meine Damen und Herren, das ist schon fast eine Banalität, eine alte Lebensweisheit: Freiheit ohne Ordnung ist Chaos und Ordnung ohne Freiheit ist Diktatur. Und deshalb haben wir gesagt: Wir wollen uns als CDU dafür einsetzen, dass es in unserem Gemeinwesen einen starken, aber schlanken Staat gibt. Das schließt sich nicht aus. Stark soll der Staat dort sein, wo es um die Bekämpfung der Kriminalität geht, wo es um die Sicherheit im Innern geht. Polizei und Staatsanwaltschaft sollen entsprechend ausgestattet sein. Hier soll der Staat kein Nachwächterstaat sein, sondern hier soll der Staat stark sein. Schlank soll er aber dort sein, wo der Bürger ohne Staat seine eigenen Belange ordnen kann, wo der Bürger ohne Staat eigenverantwortlich tätig werden kann, wo die Wirtschaft ohne Regulierungen durch den Staat sich frei entfalten kann im Interesse des Wohlstandes seiner Bürger, im Interesse der Schaffung von Arbeitsplätzen.

Der Staat, das haben wir eingangs gesagt, dient der Würde des Menschen. Das hat bereits Ministerpräsident Althaus hier eindrucksvoll ausgeführt. Wir haben im Entwurf zum Grundsatzprogramm wortwörtlich formuliert: „Der Staat dient der Würde und der Freiheit des Menschen. Er bezieht seine Autorität aus seiner Bindung an die unveräußerlichen Grundrechte.“ Das ist der Kernpunkt christlich demokratischer Identität. Konrad Adenauer hat bereits 1946 festgestellt: „Der Fundamentalsatz des Programms der CDU, der Satz von dem alle Forderungen unseres Programms ausgehen, ist ein Kerngedanke der christlichen Ethik: Die menschliche Person hat eine einzigartige Würde und der Wert jedes einzelnen Menschen ist unersetzlich.“ Meine Damen und Herren, das ist der Ausgangspunkt auch unseres Staatsverständnisses. Darin unterscheiden wir uns sehr deutlich von der FDP auf der einen Seite und von der SPD auf der anderen Seite. Das bedeutet, ich wiederhole es,

dass wir dem Staat in den Arm fallen wollen, wenn er jeden einzelnen Sachverhalt regeln will, wenn er dem Bürger ständig Vorgaben macht und ihn hindert an der Entfaltung seiner eigenen freien Persönlichkeit. Und deshalb haben wir ein berühmtes Zitat in unser Grundsatzprogramm aufgenommen, es heißt: „Wenn es nicht notwendig ist ein Gesetz zu erlassen, ist es notwendig kein Gesetz zu erlassen.“ Liebe Freunde, das ist es, was das Spezifische, das Typische an christlich demokratischer Überzeugung im Hinblick auf den Staat ausmacht.

Und ein Weiteres: Wir glauben, dass bei unserer Beschreibung unseres Staatsverständnisses auch deutlich werden muss, dass der Mensch nicht allein vom Brot lebt, dass nicht nur das Materielle im Blickpunkt unserer programmatischen Überlegungen stehen darf, sondern dass sozusagen auch das Transzendente, das Religiöse seinen Platz in einem Grundsatzprogramm haben muss. Und deshalb haben wir ein weiteres berühmtes Zitat aufgenommen: „Unser freiheitlicher Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Mein langjähriger Kollege und alter Freund Karl-Heinz Gasser weiß, dass es aus dem Munde eines illustren Bundesverfassungsrichters stammt, aber es ist wahr. Es ist über alle Zeit wahr, dass der Staat zum Schluss nicht das, was eine Gesellschaft zusammenhält, in jeder Beziehung auch bereitstellen kann. Tugenden wie Nächstenliebe, der Glaube an Gott und dergleichen mehr, das kann der Staat nicht selbst erzeugen. Er kann dafür werben, aber zum Schluss müssen es die Menschen selbst erbringen.

Einige wenige Gedanken zur Inneren Sicherheit. Dieter Althaus hat es bereits angesprochen, dass wir ein dauerhaftes Anliegen seit vielen Jahren immer wieder in der Öffentlichkeit deutlich machen: Dass Freiheit und Innere Sicherheit sich nicht wechselseitig ausschließen. Das wird von den Linken aber behauptet. Wenn wir in einem demokratischen Rechtsstaat die Möglichkeiten der Polizei verbessern, Verbrechen zu bekämpfen, wird von selbsternannten Bürgerrechtlern sofort gesagt: Halt, hier werden Bürgerrechte beschädigt. Ich entsinne mich noch an meinen damaligen Dienstvorgänger im Amt des Justizministers in Hessen, den Grünen Rupert von Plottnitz, der sagte: Es gehe nicht an, dass im Rahmen des Lauschangriffes die Polizei in die Lage versetzt werde, in die Schlafzimmer von unbescholtenen Bürgern hineinzulauschen. So ein Unsinn! Die rechtsstaatlich kontrollierte Polizei in unserer Bundesrepublik Deutschland ist nicht aufgestellt, Bürger zu bekämpfen und zu belauschen, sondern die ist aufgestellt, den Bürger gegen Kriminalität zu schützen. Und deshalb ist es richtig, dass wir nur dann

Freiheit haben, wenn wir in unserem Land auch sicher sind. Deshalb sind Innere Sicherheit auf der einen Seite und Freiheit auf der anderen Seite zwei Seiten derselben Medaille.

Meine Damen und Herren, und ich möchte klar und deutlich sagen: Der Staat darf bei der Bekämpfung von Kriminalität sich nicht selbst blind stellen. Wir haben jetzt gerade aktuell eine Diskussion über die Frage der Verwendung von eingescannten Passbildern der Staatsbürger. Ja, meine Damen und Herren, wir haben seit Jahrzehnten in den Akten der Ordnungsämter von uns allen ein Lichtbild, wenn wir einen Ausweis beantragen, dann müssen wir immer ein Lichtbild abliefern für die Akte der Ordnungsbehörden. Mit unseren heutigen modernen Methoden kann man dieses Lichtbild nun bundesweit sofort abgleichen und man muss nicht erst Hunderttausende von Akten durchsehen, um beispielsweise einen Mörder aufzuspüren. Da gibt es eine heftige Diskussion. Das sei ein Angriff auf die Freiheit der Bürger. Das Gegenteil ist der Fall. Bei der Bekämpfung der Kriminalität im Interesse der Freiheit des Bürgers ist es notwendig, dass wir solche technischen Möglichkeiten auch nutzen. Deshalb sind wir natürlich auch dafür, dass der Datenschutz zum Schluss nicht zum Täterschutz werden darf. Es geht nicht an, dass der Täter durch Vorschriften geschützt wird, die in Wirklichkeit die Freiheitsrechte der unbescholtenen Bürger beeinträchtigen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen weiteren Gesichtspunkt ansprechen. Ich hatte es eingangs bereits angedeutet: Wir müssen Innere Sicherheit heute im Jahr 2007 anders definieren als noch vor dreizehn Jahren. Der internationale Terrorismus findet eben nicht nur, wie schon der Name sagt, in Deutschland statt, sondern in der gesamten Welt. Terroristische Anschläge in Deutschland werden möglicherweise in Afghanistan oder in einem anderen Land geschmiedet und nicht unbedingt nur in Deutschland. Das heißt, dass Innere Sicherheit nicht mehr nur innerhalb der Grenzen Deutschlands stattfindet, sondern dass auch Innere Sicherheit eine Frage der internationalen Globalisierung ist. Deutsche Bundeswehrsoldaten verteidigen auch in Afghanistan unsere Innere Sicherheit hier in Deutschland. Und deshalb sagen wir in unserem Programm, wir erleben eine Globalisierung der Inneren Sicherheit. Innere und Äußere Sicherheit, Bund- und Länderaufgaben sowie unser Bevölkerungsschutz lassen sich vor dem Hintergrund terroristischer Bedrohung nicht mehr strikt trennen.

Und dann will ich zum Thema Innere Sicherheit noch ein weiteres hinzufügen, das der Generalsekretär bereits angesprochen hat. Er hat gesagt, dass wir heute Sicherheit nicht mehr nur unter dem Gesichtspunkt der Kriminalitätsbekämpfung sehen dürfen, sondern,

dass wir den Begriff Sicherheit erweitern müssen. Was meint er damit? Im Zentrum der Programme der CDU und auch im Zentrum von Wahlkämpfen in den letzten Jahrzehnten hat immer wieder die Freiheit gestanden. „Freiheit statt Sozialismus“ war ein besonders erfolgreicher Wahlkampfeslogan vor vielen Jahren. Wir haben damit viele Bürger, viele Wähler gewinnen können, aber, meine Damen und Herren, die Wahrheit ist, dass in den Ohren vieler Bürger der Freiheitsbegriff an Attraktivität verloren hat. Man hat ein bisschen das Gefühl, je länger wir Freiheit genießen dürfen, desto weniger interessant und desto weniger verteidigungswert erscheint Freiheit. Das, was man hat, ist weniger spannend, als das, was man gerne haben möchte. Und das ist eine große Gefahr für uns. Hinzukommt, dass in einem Wohlfahrts- und Sozialstaat, die Bürger sich auch gerne an staatliche Wohltaten gewöhnt haben. Es ist so angenehm, vom Staat „Knete“ zubekommen. Es ist so angenehm, nicht auf die eigene Verantwortung zurückgeworfen zu werden, sondern die Hand aufzuhalten. Und deshalb klingt in den Ohren vieler der Begriff Freiheit kalt, als eine Bedrohung fast, als eine unangenehme Herausforderung an meine eigene Untätigkeit. Und deshalb halte ich es für notwendig, dass wir in unsere Grundsatzprogrammatik diesen unverzichtbaren Begriff der Freiheit ergänzen um den Begriff der Sicherheit in einem erweiterten Sinne: Das umfasst neben der Inneren Sicherheit auch Soziale Sicherheit und schließlich auch kulturelle Sicherheit.

Die Menschen müssen wissen, wo sie leben, wofür sie leben und in welcher Umgebung sie leben. Sie müssen ihre eigene Identität als Bürger ihrer Heimat, ihres Bundeslandes, aber auch als Bürger Deutschlands klar erkennen und sich dort auch ein Stück geborgen und sicher fühlen. Und deshalb werde ich nicht müde, dafür zu werben, dass wir auch in unserem Programm wieder klarer reden von Vaterlandsliebe, von Patriotismus, von Rückbesinnung auf jene Werte, die den Menschen Halt geben, die sie immer gehalten haben, auch Rückbesinnung auf unsere Geschichte, auf unsere Sprache, auf unsere Kultur.

Ich will in diesem Zusammenhang mit wenigen Sätzen das aufgreifen, was Dieter Althaus vorhin angesprochen hatte, nämlich die Achtundsechziger. Liebe Freunde, die Achtundsechziger haben über viele Jahre die bürgerliche Gesellschaft und bürgerliche Tugenden bekämpft. Ich will mich auf wenige Stichworte beschränken: Sie haben gegen Patriotismus gekämpft – Vaterlandsliebe war etwas Rechtsradikales. Wer in den sechziger und siebziger Jahren von Patriotismus sprach, der setzte sich auch in der Öffentlichkeit dem Verdacht des Radikalismus aus. Sie haben die Wiedervereinigung massiv bekämpft und abgelehnt. Sie traten bis in die jüngste Vergangenheit gegen das Kreuzifix in

öffentlichen Gebäuden auf, sie waren bis in die jüngste Vergangenheit für die Abschaffung von christlichen Feiertagen zu Gunsten von islamischen Feiertagen. Sie waren Anhänger einer technologiefeindlichen Ideologie bei Kernkraft, bei Gen-Technik, bei Transrapid und wo auch immer. Liebe Freunde, wir sind ein Land der denkenden Köpfe. Unser Wettbewerbsvorsprung im internationalen Vergleich besteht unter anderem darin, dass wir hervorragende Maschinenbauingenieure haben, die mit großer Kreativität immer ein Stückchen der allgemeinen Entwicklung voraus sind. Weiter nenne ich die Negierung des Schutzes ungeborener Kinder, die Schwächung der Bundeswehr, die Schwächung der Polizei, Forderungen nach einer Abschaffung des Verfassungsschutzes, das Verächtlichmachen des Leistungsbegriffes in den Schulen. Ich sage allerdings auch mit einer gewissen Zufriedenheit, ich habe das Gefühl, dass die Achtundsechziger derzeit auf einer auf dem Strand verebbenden Welle auslaufen. Die führenden Köpfe sind abgetreten. Es gibt wenige noch, die die Achtundsechziger in der Öffentlichkeit repräsentieren und die öffentliche Mode, wenn ich überhaupt in dem Zusammenhang davon sprechen darf, ist nicht mehr bei den Achtundsechzigern, sondern sie gibt uns jetzt die Chance, wieder mit Rückenwind für unsere bürgerlichen Werte, die ich hier angesprochen habe, zu werben. Und deshalb ist es notwendig, dass wir mit großem Selbstbewusstsein für unsere bürgerlichen Lebenswerte eintreten.

Liebe Freunde, ich will ganz kurz, damit es uns einfach im Gedächtnis haften bleibt, auch für die Zukunft mit zwei Zitaten deutlich machen, dass wir es waren, die bis zum Schluss – da hat Dieter Althaus Recht – an dem Ziel der Wiedervereinigung festgehalten haben, aber auch das galt bereits in der alten Bundesrepublik Deutschland West als verächtlich, als rechtsradikal, als reaktionär. Ich habe noch mit der Jungen Union am 17. Juni bis zum Jahre 1988 an einer selbst von uns gebauten symbolischen Mauer Gedenkveranstaltungen durchgeführt. Da wurden wir bereits, liebe Freunde, in der Öffentlichkeit als Rückwärtsgewandte bezeichnet. Noch wenige Wochen vor der Öffnung der Mauer hat der spätere Außenminister Fischer gesagt: „Ein wiedervereintes Deutschland wäre für unsere Nachbarn nicht akzeptabel. Das Wiedervereinigungsgebot im Grundgesetz wäre in seiner Konsequenz ein Unglück für das Deutsche Volk. Ich kann mir nicht vorstellen, welchen Vorteil die Deutschen von einer Wiedervereinigung haben könnten.“ Und Schröder, der spätere Bundeskanzler, sagte ganz wenige Tage vor der Öffnung der Mauer: „Nach 40 Jahren Bundesrepublik sollte man die neue Generation Deutschland nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht. Und es gibt wichtigere Fragen

deutscher Politik in Europa. Eine auf Wiedervereinigung gerichtete Politik ist reaktionär und gefährlich.“

Meine Damen und Herren, wir glauben es heute fast nicht mehr. Die Öffentlichkeit würde sagen, ihr erfindet etwas, ihr polemisiert gegen den politischen Gegner. Nein, das ist die Wahrheit. Und das ist wiederum auch im Hinblick auf unsere eigene Programmatik der beste Beweis dafür, dass man jenseits des Zeitgeistes und unabhängig von Rückenwind oder Gegenwind zu seinen eigenen Überzeugungen stehen muss.

Liebe Freunde, dasselbe gilt, das sage ich in aller Deutlichkeit, auch für unser Bekenntnis zu unserem christlichen Glauben, das in unserem Grundsatzprogramm seinen deutlichen Niederschlag gefunden hat. Ich nehme nur ein Wort aus dem Munde von Papst Benedikt den XVI., den ich als evangelischer Christ besonders verehere. Er sagt: „Gott ist sehr an den Rand gedrängt. Im politischen Leben ist es fast unanständig geworden von Gott zureden, gerade so, als wäre es ein Angriff auf die Freiheit des Ungläubigen. Eine Gesellschaft, bei der Gott absolut abwesend ist, zerstört sich selbst. Das haben wir bei den großen, totalitären Experimenten des letzten Jahrhunderts gesehen.“

Beifall.

Ich will mit diesem Zitat deutlich machen, dass wir in der geistig politischen Auseinandersetzung unserer Zeit im Zusammenhang auch mit unserem Grundsatzprogramm mutig sein müssen, klar formulieren müssen, verständlich sein müssen, geschlossen auftreten müssen, uns nicht wegducken, wenn es Angriffe gibt von Links oder von Rechts, unseren geradlinigen Weg gehen, weil er unserem Volk dient, aber weil er auch in zweiter Linie unserer Partei dient, weil unsere Erkennbarkeit zum Schluss von den Wählern auch bei Wahlen honoriert werden wird. Und deshalb bin ich sehr froh, dass wir in den Jahren 2006/2007 uns an die Arbeit gemacht haben, unsere Grundsätze in unserem Grundsatzprogramm in der Öffentlichkeit wieder sichtbar werden zu lassen, deutlicher zu machen, gerade in der gegenwärtigen politischen Großwetterlage in Berlin. Und ich bin sicher, lieber Dieter Althaus, dass Sie und die Freunde aus Thüringen weiter mit dieser Verve, auch weiterhin mit Fantasie, mit Mut und auch mit Geschlossenheit auftreten werden.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit, mit der Sie zugehört haben.

Beifall.